

Dokumentation der

Diskussion um die Kürzung der Solarförderung

**Sammlung der Beiträge von energynet.de zum Thema
vom 01.01. bis 31.03.2012**

Herausgeber:

energynet.de

Setheweg 21 H

14089 Berlin

kontakt@energynet.de

Tel. +49 176/ 60 95 19 53

Inhaltsverzeichnis

1. [Erneuter Rekordzubau an PV-Anlagen sorgt für weitere Reduzierung der Einspeisevergütung](#)
2. [Hoher Photovoltaik-Zubau hat immer weniger Auswirkung auf den Strompreis](#)
3. [War 2011 wirklich der Durchbruch für Solarstrom?](#)
4. [Pläne von Bundeswirtschaftsminister Rösler für Solarstromförderung zielen in falsche Richtung](#)
5. [Solarstrom hat entlastende Preiseffekte](#)
6. [Preisentwicklung der Photovoltaik kommt in Diskussionen viel zu kurz](#)
7. [Solarwirtschaft warnt vor Scheitern der Energiewende](#)
8. [Sind die Rekordzubauzahlen der Bundesnetzagentur für Photovoltaik korrekt?](#)
9. [Energieexperte fordert bei Einspeisevergütung eine Phase der Ruhe](#)
10. [Solarwirtschaft steht vor größten Herausforderungen](#)
11. [Wie reagiert die Branche auf die deutliche Kürzung der PV-Einspeisevergütung?](#)
12. [Neue Photovoltaik Vergütungssätze 2012](#)
13. [Weitere Reaktionen der Branche auf die Kürzungen der PV-Einspeisevergütung](#)
14. [Was tun wenn sich die geplante Photovoltaik-Anlage nicht mehr lohnt?](#)
15. [Wirtschaftsforscher warnen vor übertriebenen Einschnitten in die Vergütung von Solarstrom](#)
16. [Die Liste der 7 Thesen gegen die übereilte und deutliche Kürzung der Solarförderung](#)
17. [Erneuerbare Energien erzeugen mehr Strom als Atomkraftwerke](#)
18. [Photovoltaik braucht eine Charme-Offensive für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung](#)
19. [Mit Sonnenschein für mehr Sonnenenergie und gegen den Solar-Ausstieg](#)
20. [Über die Auswirkungen der Vergütungskürzung auf den Photovoltaik-Markt](#)
21. [Photovoltaik-Unternehmen erklärt der FDP die Sorgen der Branche](#)
22. [Kürzung der Solarvergütungen vom Bundestag beschlossen](#)

Erneuter Rekordzubau an PV-Anlagen sorgt für weitere Reduzierung der Einspeisevergütung

9. Januar 2012 von Andy

Die starke Nachfrage nach Solarstrom-Anlagen im vergangenen Jahr sorgt schneller als erwartet für sinkende Fördersätze für neue Solarstrom-Anlagen. Dies ist Resultat der im Sommer vergangenen Jahres verabschiedeten Novelle des [Erneuerbare-Energien-Gesetzes](#).

Nach Jahren exponentiellen Wachstums hat sich nach Angaben des Bundesumweltministeriums die Nachfrage nach neuen Solarstromanlagen im letzten Jahr erstmals stabilisiert, wenn auch auf hohem Niveau. Deshalb kommt es allein in diesem Jahr nach geltendem Gesetz zu einer Reduzierung um 27,7 Prozent bei der [Einspeisevergütung](#). Unter der schwarz-gelben Bundesregierung wird die Solarförderung damit binnen zweieinhalb Jahren nahezu halbiert.

Konkret wird die Solarförderung in 2012 in zwei Schritten gekürzt: um 15 Prozent zum 1. Januar 2012 und voraussichtlich um weitere 15 Prozent zum 1.7.2012. Insgesamt reduziert sich die [Förderung](#) in 2012 doppelt so stark wie 2011 (vgl. aktuelle Infografik).

Mit Vergütungszahlungen zwischen 17,94 Cent und 24,43 Cent pro Kilowattstunde erreicht die Förderhöhe für neue Solarstrom-Anlagen in allen Klassen damit das Preisniveau privater [Stromtarife](#) in Deutschland. Zum 1. Juli werden sie voraussichtlich auf 15,25 Cent bis 20,77 Cent sinken. Gleichzeitig haben sich die gesellschaftlichen Kosten für den weiteren Solarstrom-Ausbau deutlich reduziert. „Die gesetzliche Kostenbremse greift. Neu installierte Photovoltaik-Anlagen haben künftig nur noch einen geringen Einfluss auf die Verbraucherumlage für Erneuerbare Energien.“, erklärt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar.

Durch das starke Wachstum der [Photovoltaik](#) steigt ihr Anteil am deutschen Stromverbrauch 2012 auf über vier Prozent. Der Branchenverband erwartet bei moderater Weiterentwicklung einen Beitrag von über zehn Prozent im Jahr 2020. Solarstrom wird dadurch zu einem wesentlichen Motor der Energiewende, die durch den Wegfall der Atomkraft beschleunigt werden muss. Der starke Zubau 2011 war ohne umfangreiche Investitionen in die Netzinfrastruktur möglich, da Solarstrom verbrauchernah erzeugt wird.

Eine Überlagerung verschiedener Effekte hat dazu beigetragen, dass die starke Reduzierung der Förderung 2011 nicht sogar bereits zu einem Rückgang der Nachfrage führte: Deutlich gesunkene Preise für Solarmodule und schlüsselfertige Solarstrom-Anlagen, milde Witterungsverhältnisse im Dezember, die im Herbst angekündigte Absenkung der Förderung zum Jahreswechsel in Höhe von 15 Prozent sowie die von Teilen der Politik geschürte Angst vor einer Kappung der Solarförderung. Darüber hinaus hat möglicherweise die durch die Eurokrise begünstigte Flucht in Sachwerte auch den Ausbau der [Solarenergie](#) beeinflusst.

Die Lage innerhalb der Branche bleibt vor dem Hintergrund weltweiter Überkapazitäten, eines harten internationalen Wettbewerbs und der starken Förderkürzung dennoch angespannt. Trotz einer stabilen Nachfrage in Deutschland und einigen Auslandsmärkten bleiben Umsatz und Ergebnis 2011 hinter den Erwartungen vieler Unternehmen zurück. Die Branche hofft auf Besserung durch ein starkes Anziehen der Auslandsmärkte in den nächsten Jahren. Für Deutschland erwartet sie einen Rückgang der Nachfrage infolge der für 2012 bereits gesetzlich fixierten Förderkürzungen in Höhe von rund 30 Prozent.

Die Bundesnetzagentur zum Rekordjahr 2011:

Im vergangenen Jahr wurden **Photovoltaik-Anlagen** (PV Anlagen) mit einer Leistung von insgesamt rund 7.500 MW neu installiert. Dies schätzt die **Bundesnetzagentur** auf der Grundlage einer vorläufigen Auswertung der gemeldeten Daten. Damit wird das Ergebnis des bisherigen Rekordjahres 2010, Meldung von 7.400 MW, voraussichtlich leicht übertroffen.

“Allein im Dezember wurden uns neue PV Anlagen mit einer Leistung von insgesamt rund 3.000 MW gemeldet – ein neuer Höchstwert. Der Wert entspricht etwa 40 Prozent der im Gesamtjahr 2011 gemeldeten Leistung“, betonte Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur.

Bei den Werten handelt es sich noch um vorläufige Angaben. Insbesondere wegen der Flut an Meldungen im Dezember wird es noch einige Zeit dauern, bis die Monate Oktober bis Dezember 2011 detailliert ausgewertet sind. **Auf der Basis der** Meldungen ermittelt die Bundesnetzagentur nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) regelmäßig die Degressions- und Vergütungssätze für neu in Betrieb gehende PV Anlagen. Als Nächstes sind die Degressions- und Vergütungssätze für Anlagen zu ermitteln, die ab dem 1. Juli 2012 in Betrieb gehen. Dafür wird die von Oktober 2011 bis April 2012 gemeldete Leistung von PV Anlagen herangezogen, die auf den Zeitraum eines Jahres hochzurechnen ist.

“Allein für das letzte Quartal 2011 verzeichnen wir einen Zubau von rund 4.150 MW. Bereits dieser Wert würde zu einer Degression in Höhe von 12 Prozent führen. Um eine maximale Degression von 15 Prozent zum 1. Juli zu erreichen, müssten der Bundesnetzagentur für Januar bis April 2012 nach dem jetzigem Stand nur noch etwa 225 MW neue PV Leistung gemeldet werden“, erläuterte Kurth.

Die Werte von Oktober (ca. 490 MW), November (ca. 660 MW) und Dezember 2011 (ca. 3.000 MW) sind zudem für die Ermittlung des Degressionssatzes zum 1. Januar 2013 von Bedeutung. Dafür kommt es auf die Meldungen im Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012 an. Auch hier sind erste Schlüsse möglich: Bereits die 4.150 MW im letzten Quartal 2011 würden zu einer Degression von 12 Prozent führen. Um die maximal mögliche Absenkung der Vergütungen um 24 Prozent zu erreichen, müssten in den nächsten neun Monaten zusätzlich 3.350 MW gemeldet werden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/01/09/erneuter-rekordzubau-an-pv-anlagen-sorgt-fur-weitere-reduzierung-der-einspeiseverguetung/>

Hoher Photovoltaik-Zubau hat immer weniger Auswirkung auf den Strompreis

12. Januar 2012 von Andy

Während im Jahre 2004 jedes weitere Gigawatt an installierter Photovoltaik-Leistung eine Erhöhung der EEG-Umlage um 0,12 Cent/ kWh zur Folge hatte, sind das im Jahr 2012 nur noch 0,035 Cent/ kWh. Damit verringert sich der Einfluss der neuinstallierten Photovoltaik-Anlagen auf die EEG-Umlage und auf den Strompreis. Dies war die Hauptaussage der Pressekonferenz des Bundesverband Solarwirtschaft e.V. heute vormittag.

Der Industrieverband möchte damit eingreifen und Stellung beziehen in der öffentlichen Diskussion über die Photovoltaik als Kostentreiber durch die Erhöhung der Umlage. Von vielen Stromversorgern wird auch in diesem Jahr die Erhöhung der EEG-Umlage als Grund für die Steigerung der Strompreise angegeben. Dabei sind es nicht die 0,062 Cent/kWh mehr für die EEG-Umlage, sondern erhöhte Netznutzungsentgelte, die die Strompreise für Verbraucher ansteigen lassen.

In dem, von der Prognos AG untersuchten, Szenario steigt der Anteil der Photovoltaik am Stromverbrauch bis 2016 um ca. 70%, während sich dadurch der Haushalts-Strompreis nur um 1,9% erhöht. Die prognostizierte Erhöhung des Strompreises bis 2016 beträgt 3,8 Cent, Solarstrom hat dabei einen Anteil von 12%, die übrigen Erneuerbaren Energien haben einen Anteil von 27% (Offshore-Windenergie alleine 17%), die Beschaffungskosten tragen mit 16% ebenfalls deutlich bei und den Hauptanteil haben die Netznutzungsentgelte mit 20%.

„Die Energiewende kostet Geld, vor allem in der Anschubphase. Die mit dem weiteren Ausbau der Solarenergie verbundenen Investitionen steigen jedoch kaum noch und zahlen sich aus“, sagte Körnig heute in Berlin. Vielen, die jetzt eine weitere Kürzung der Förderung forderten, sei nicht bewusst, dass der starke Zubau von Solarstromanlagen in den vergangenen drei Jahren bereits zu einer Halbierung der Fördersätze geführt habe. 2012 wird die Solarstromförderung nach dem erst im Sommer 2011 verschärften Fördergesetz EEG um nochmals 27 Prozent gekürzt. Damit sinkt jetzt die Solarförderung doppelt so stark wie im Vorjahr (Förderreduktion 2011: 13 Prozent). Körnig: „Die Kostenbremse des Gesetzgebers bei der Solarförderung funktioniert.“

Die Prognos AG hat auch die möglichen Auswirkungen einer festen Mengenbegrenzung („Deckelung“) auf die Stromtarife untersucht, die derzeit politisch diskutiert wird. Ergebnis: Die Einsparung bis 2016 würde gerade ein Prozent am Verbraucherstromtarif ausmachen. „Dem stehen drastische Verluste bei Arbeitsplätzen, Anlageinvestitionen, Branchenumsatz, Technologievorsprung und Steuereinnahmen gegenüber“, so Frank Peter, Projektleiter Energiewirtschaft bei der Prognos AG.

Die Photovoltaik mit ihren Vorteilen sei für die Energiewende unverzichtbar, so Körnig. „Verbrauchernahe Erzeugung, hohe Akzeptanz beim Bürger, schneller Ausbau und das bei rasant sinkenden Kosten. Die Solarbranche erfüllt ihr Versprechen, die Kosten radikal zu senken. In einem nächsten Schritt werden wir 2013 mit dem Förderniveau großer Windkraftanlagen auf dem Meer gleichziehen“, sagte Körnig. Bis 2020 will die Solarbranche ihren Anteil am deutschen Stromverbrauch auf über zehn Prozent steigern und wettbewerbsfähig werden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/01/12/hoher-photovoltaik-zubau-hat-immer-weniger-auswirkung-auf-den-strompreis/>

War 2011 wirklich der Durchbruch für Solarstrom?

16. Januar 2012 von Andy

Die Entwicklung der Photovoltaik in den letzten Jahren in Deutschland überraschte auch Fachleute und hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Das Rekordjahr 2010 wurde noch übertroffen ([siehe Beitrag](#)), die neu installierten PV-Anlagen haben in 2011 einen Rekordwert von 7,5 GW erreicht und sorgen damit für eine schnellere Absenkung der Einspeisevergütung. Die Branche jammert aber nicht mehr über die Reduzierung der Einspeisevergütung für [Strom](#) aus PV-Anlagen, konnten doch die Kosten in mindestens gleichem Maße reduziert werden.

War das der Durchbruch für Solarstrom?

In einem [Gastbeitrag für den Ökoenergie-Blog](#) schreibt [Olaf Achilles](#), dass 2011 ein großer Schritt zur Energiewende von unten gelungen ist und die Solarenergie (in Form der Photovoltaik) nicht mehr aufzuhalten ist. Als Beleg wird angegeben, dass Solaranlagen in 2011 mehr als 18 Milliarden kWh Strom erzeugt haben, was ungefähr dem Stromverbrauch von 5,1 Millionen Haushalten im Jahr entsprechen würde. Weiter wird berichtet, dass Solarstrom den Spitzenstrompreis für mehrere Stunden auf das Niveau von Nachtstrom (an der Strombörse?) drücken konnte.

Auch der [Aufruf des IPPNW zur Energiewende mit Solarstrom in Bürgerhand](#) und die beschleunigte [Energiewende](#) werden als Thesen angegeben.

Aber ist das schon ausreichend für einen Durchbruch für Solarstrom in Deutschland, dem nach wie vor größten Markt für Solarstrom weltweit? Wird die Entwicklung so weitergehen wie 2010 und 2011? Der Anteil Erneuerbarer Energien wird sicher weiter rasant zunehmen, aber ob der Solarstrom weiter so wachsen wird, ist fraglich. Denn es gibt einige Punkte, die wiederum dagegen sprechen könnten.

Kostensenkung der Photovoltaik nicht beliebig fortführbar

In den vergangenen Jahren konnte die Solarindustrie die Kosten für Photovoltaiksysteme entsprechend der Reduzierung der Einspeisevergütung reduzieren, oder sogar noch darüber hinaus gehen. Die Renditen für Anlagen von [Solarstrom](#) haben sich eher verbessert als verschlechtert in den vergangenen Jahren. Durch die Halbleiter-Technologie sind noch weitere Kostensenkungen für die nächsten Jahre zu erwarten. Wie lange kann das weitergehen? Wird die Industrie es schaffen, Strom aus Photovoltaik-Anlagen zur günstigsten Stromquelle werden zu lassen?

Nicht alle Unternehmen werden diesen Preiskampf mitgehen können, wie die Insolvenzen Ende 2011 gezeigt haben. Es wird zu einer [Marktbereinigung](#) kommen und nicht alle deutschen Unternehmen werden diese überstehen.

Diskussion um Deckelung der Solar-Förderung

Dann gibt es diese Diskussion um die Deckelung der Solar-Förderung, die immer wieder angestoßen wird vom Bundeswirtschaftsminister. Zum Glück konnte er bisher nicht genügend Unterstützer finden. Einsparungen, bzw. eine [Reduzierung der EEG-Umlage wäre kaum spürbar](#), dafür würden es aber Industrie-Unternehmen und Handwerker deutlich spüren.

Anhaltende Medien-Kampagne gegen Photovoltaik

Die nach wie vor höchste Einspeisevergütung (ab 2013 wird vermutlich die Offshore-Windenergie eine höhere Einspeisevergütung haben als Solarstrom) und der, dazu im Gegensatz stehende geringe Anteil an der [Stromversorgung](#) wird immer wieder in Medien und von Vertretern der alten Energiebranche in die öffentliche Diskussion geworfen. Es wird auch immer wieder behauptet, dass Solarstrom sich in unseren Breiten nicht lohne. Gegen diese Vorwürfe muss man sich heute nach wie vor ständig wehren. Die Spitze ist immer wieder die Verwechslung der Anschubfinanzierung durch das EEG, das von den Stromverbrauchern bezahlt wird, mit staatlichen Subventionen. Dies wird wieder einmal (bewusst?) im [Spiegel](#) groß aufgetischt, vermutlich zur Stimmungsmache, um zu zeigen, wie groß die Belastung der Öffentlichkeit durch [Solarstrom](#) ist.

Solange man sich noch so rechtfertigen muss für die Unterstützung der Photovoltaik, ist noch kein Durchbruch gelungen, auch wenn wir auf dem richtigen Wege sind, wie die Entwicklung zeigt.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/01/16/war-2011-wirklich-der-durchbruch-fur-solarstrom/>

Pläne von Bundeswirtschaftsminister Rösler für Solarstromförderung zielen in falsche Richtung

17. Januar 2012 von Andy

Der große Anstieg der Stromerzeugung aus PV-Anlagen in 2011 hat die Diskussion zur Solarstromförderung wieder aufleben lassen. Der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat sich hierbei als lauter Rufer hervorgetan und eine andere Lösung zur Solarstromförderung gefordert. Hier die Stellungnahme von EUROSOLAR dazu:

Das angeblich so marktkonforme Quotensystem, das laut Bundeswirtschaftsminister Rösler einen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Technologien auslösen soll, ist in Großbritannien gescheitert. Es ist nachweislich teurer als das deutsche [Erneuerbare-Energien-Gesetz \(EEG\)](#) und hat dazu geführt, dass in Großbritannien weder breit in [Erneuerbare Energien](#) investiert wurde, noch eine neue Industrie mit hunderten neuen Arbeitsplätzen entstanden ist wie in Deutschland.

Dabei ist die Strategie Röslers sehr durchschaubar. Durch zahlreiche Ausnahmeregelungen wird die EEG-Umlage auf wenige Schultern verteilt und steigt so künstlich an. Durch die ständige Drohkulisse eines absoluten Deckels schafft man Torschlusspanik und gibt sich dann verwundert, wenn der Zubau von Solarstromanlagen neue Rekordhöhen erreicht. Gleichzeitig beginnt man eine künstliche Kostendebatte um die [Photovoltaik](#), die längst auf dem Weg ist, immer kostengünstiger zu werden.

Schon jetzt senkt sie an der Strombörse die Preise und damit die Profite der Stromkonzerne. Wenn neue Solarparks und große Aufdachanlagen schon im kommenden Jahr Strom günstiger liefern als die [Offshore-Windparks](#) der Großkonzerne, dann wird offensichtlich, wie verfehlt und konstruiert eine solche Kostendebatte ist.

Aber darum geht es gar nicht. Auch nicht, dass die Solarenergie angeblich nur marginale Beiträge zu unserer [Energieversorgung](#) leistet. Denn dies stimmt nicht mehr. Wenn selbst an einem Wintertag wie dem 16.01.2012 mittags circa sieben Gigawatt in das [Stromnetz](#) eingespeist werden, dann ist dies nur ein Vorgeschmack auf die kommenden Monate, wenn die Marke von zehn Gigawatt regelmäßig überschritten wird.

Die Erneuerbaren Energien drängen zunehmend in den Mittelpunkt der deutschen Stromversorgung, mit über 20 % sind sie eine ihrer Säulen geworden. Da an manchen Tagen inzwischen sogar über 50 % des Stroms durch die Erneuerbaren bereitgestellt wird, sind sie es, die nun zunehmend den Takt unserer Stromversorgung vorgeben. Der archimedische Punkt, an dem sie die alten Strukturen aushebeln, rückt in greifbare Nähe. Ist er überschritten, haben sich zwangsläufig alle anderen Akteure nach den [Erneuerbaren](#) zu richten. Den Status einer bloßen Beimischung haben sie längst hinter sich gelassen.

„Ohne das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wäre eine solche Dynamik gar nicht möglich gewesen. Das EEG ist gerade deswegen so erfolgreich, weil mit ihm die hohe Investitionsbereitschaft der deutschen Bürger, des Mittelstandes und der Stadtwerke genutzt wird, um den Umbau unseres Energiesystems voranzutreiben. Das stärkt die Wirtschaftskraft von Kommunen und Landkreisen und ist einer der entscheidenden Gründe für die hohe Akzeptanz der Erneuerbaren Energien in der Bevölkerung“, so Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin EUROSOLAR.

Die Mengen- und Kostendebatte ist deshalb völlig verfehlt, sie hat mit der Realität nichts zu tun. Nun muss man sich fragen, was die Triebfeder für das Handeln von Bundeswirtschaftsminister Rösler ist. Offensichtlich stellt er sich auf die Seite der Verlierer, der fossil-atomar geprägten Großkonzerne. Denn sie sind die Zaungäste der [Energiewende](#), deren Macht immer weiter beschnitten wird. Zentrale fossile Grundlastkraftwerke werden zu Fremdkörpern und rentieren sich nicht mehr. Damit ist der Kern des Geschäftsmodells der Stromkonzerne bedroht, die mit den neuen dezentralen Strukturen offensichtlich

nicht zurecht kommen. Sie möchten den Zustand wieder herstellen, in dem **Stromversorger** und Stromkunde klar voneinander getrennt sind.

Mit Bundesminister Rösler haben sie einen Fürsprecher gefunden, der sich dezidiert für ihre Partikularinteressen einsetzt. Statt Wirtschaftspolitik betreibt er Klientelpolitik zu Lasten der Allgemeinheit und der Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Dies allein ist der Grund, warum er nun einen Deckel fordert und das erfolglose und teure Quotensystem nach Deutschland holen will. Und auch der Grund, warum andere Stimmen sogar den Einspeisevorrang für die Erneuerbaren noch weiter beschneiden wollen.

Statt der Bewahrung überkommener Strukturen gilt es nun, das Energiesystem zugunsten der Erneuerbaren Energien umzubauen, mit flexibleren und virtuellen Kraftwerken sowie Energiespeichern und dem Aufbau intelligenter Stromnetze für die dezentrale Einspeisung. Das ist die eigentliche Aufgabe einer zukunftsweisenden Wirtschaftspolitik. Die notwendigen Akteure hierfür stehen schon bereit.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/01/17/plane-von-bundeswirtschaftsminister-rosler-fur-solarstromforderung-zielen-in-falsche-richtung/>

Solarstrom hat entlastende Preiseffekte

31. Januar 2012 von Andy

Es gibt immer weniger Argumente für die Kritik am teuren Solarstrom, der angeblich die Preise für Strom erhöht.

Solarstrom senkt die durchschnittlichen Preise an der EPEX-Strombörse um bis zu zehn Prozent, zur Mittagszeit sogar um bis zu 40 Prozent. Das belegt eine Kurzstudie des **Instituts für ZukunftsEnergiesysteme (IZES gGmbH)**, Saarbrücken, die im Auftrag des **Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. (BSW-Solar)** erstellt worden ist. Insgesamt beläuft sich der Preissenkungseffekt für das Jahr 2011 demnach auf 520 bis 840 Millionen Euro – was einer Preisminderung von vier bis sechs Euro pro Megawattstunde entspricht. „Es wird viel über die Kosten des Solarstroms geredet“, erklärt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar. „Die IZES-Studie zeigt, dass Solarstrom bereits heute auch entlastende Preiseffekte hat.“

Grund für den Preissenkungs-Effekt: **Solarstrom** wird zu Spitzen-Nachfragezeiten erzeugt – tagsüber, wenn Strom an der Börse am teuersten ist. Die IZES-Studie belegt, dass mit dem wachsenden Zubau an **Solarstrom** die Preise für sogenannten Peak-Strom (Peak = Spitze) in den Jahren 2007 bis 2011 kontinuierlich gesunken sind. Peak-Strom wird im Spothandel an der EPEX-Börse gehandelt, in der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr. Der Spothandel setzt den Preis für den gesamten Stromhandel in Deutschland, also auch für den Terminmarkt und OTC („Over the counter“)-Geschäfte.

Der preissenkende Effekt kommt derzeit vor allem Großhändlern und Großverbrauchern zugute, die ihren Strom am Spotmarkt beziehen. Für die stromintensive Industrie entsteht somit durch den Solarstrom eine lukrative Win-Win-Situation. Zum einen profitiert sie von den günstigen Einkaufspreisen an der Strombörse, zum anderen wird sie größtenteils von der Zahlung der **EEG-Umlage** befreit.

Die privaten Verbraucher hingegen spüren von den kostensenkenden Effekten nichts. Im Gegenteil: Für sie verteuert sich die EEG-Umlage, weil sie für die Differenzkosten zwischen billigem Peak-Strom und garantierter Einspeisevergütung aufkommen müssen. Würde man die preissenkende Wirkung der **Photovoltaik** hingegen bei der Berechnung der EEG-Umlage berücksichtigen, entspräche dies einer Entlastung der Verbraucher-Stromtarife in Höhe von rund 0,15 Cent pro Kilowattstunde.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/01/31/solarstrom-hat-entlastende-preiseffekte/>

Preisentwicklung der Photovoltaik kommt in Diskussionen viel zu kurz

10. Februar 2012 von Andy

Man kennt ja einen rasanten Preisverfall von PC's, [Notebooks](#) und von moderner Unterhaltungselektronik. Dass es diesen Preisverfall auch bei der [Photovoltaik](#) gibt, ist hingegen kaum bekannt. Genau, bei der Photovoltaik, die in öffentlichen und auch in privaten Diskussionen immer wieder als zu teuer bezeichnet wird. Das Argument, dass Photovoltaik zu teuer ist, stammt noch aus einer Zeit, als die [Modulpreise](#) deutlich über den heutigen Preisen lagen. Dabei beschwert sich auch keiner, dass z.B. Flachbildfernseher oder Notebooks vor zehn Jahren so teuer waren – heute sind sie viel erschwinglicher und bei Photovoltaik-Systemen ist es auch nicht anders.

Woran das liegt, ist eigentlich einfach und nahe liegend. Denn die Photovoltaik beruht auch auf der Halbleiter-Technologie, deren Fortschritte, wie in der Informations- und Kommunikationstechnik, eine schnelle Kostensenkung möglich macht. Die [Infoseite Your Sun Your Energy](#) beschreibt die Technik schön in einem kurzen Absatz:

Alle Photovoltaik-Module bestehen in der Regel aus einem Halbleitermaterial, einer externen Struktur – entweder einem Rahmen, einer Folie oder einer „Sandwich“-artigen Anordnung aus Glas oder Kunststoff – sowie Kabeln und Anschlüssen, [die die](#) durch die Photovoltaik produzierte Energie in das Stromnetz führen.

Wie extrem der Preisverfall von Solarstromanlagen ist, zeigt folgende Grafik anhand der durchschnittlichen Endkundenpreise für fertig installierte Aufdachanlagen unter 100 kWp:

Auch die Förderung, sprich die [Einspeisevergütung](#), ist in der gleichen Zeit entsprechend gesunken. Damit wird in diesem Jahr auf jeden Fall, unabhängig von der politischen Entwicklung, die Photovoltaik günstiger werden als die Offshore-Windenergie – auch etwas, was in der öffentlichen Diskussion mehr beachtet werden sollte. Und, wie folgende Grafik schön zeigt, ist dass die Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung bis zu 30 kWp mittlerweile das Niveau des Haushaltsstrompreises erreicht hat:

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/10/preisentwicklung-der-photovoltaik-kommt-in-diskussionen-viel-zu-kurz/>

Solarwirtschaft warnt vor Scheitern der Energiewende

14. Februar 2012 von Andy

Quelle: BSW-Solar/Upmann

Der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW-Solar) sieht durch die Forderungen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler, die Solarförderung hart zu beschneiden, die Energiewende und den Photovoltaik-Standort Deutschland mit über 100.000 Arbeitsplätzen in ernster Gefahr.

Der Zusammenschluss von über 800 Solarunternehmen fordert den Minister auf, die im vergangenen Sommer von der Bundesregierung beschlossene Energiewende nicht weiter zu torpedieren. Gestern verhandelten der für die Erneuerbaren Energien verantwortliche Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen erneut mit dem Bundeswirtschaftsminister über eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) (ohne Ergebnis).

Rösler fordert gegenwärtig, die Förderung neuer Solarstromanlagen auf einen Bruchteil des bisherigen Zubaus zu beschränken. Nach seinen Vorstellungen soll jährlich nur noch 1 Gigawatt Solarstrom gefördert werden. Das wären knapp 90 Prozent weniger als in den beiden Vorjahren 2010 und 2011. Die von Rösler geforderten drastischen weiteren Kürzungen werden von der Solarbranche scharf kritisiert. Diese hätten unweigerlich einen Markteinbruch und die Zerstörung eines Großteils der Solarbranche in Deutschland zur Folge, so die Warnung des BSW-Solar. In den vergangenen Jahren musste die Solarwirtschaft bereits deutliche Einschnitte verkraften. Die Förderung für neue Solarstromanlagen wurde allein seit 2008 halbiert.

„Wenn die Bundesregierung die Rösler-Pläne umsetzt, ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt. Ein kraftvoller weiterer Ausbau des Solarstrom-Anteils auf rund zehn Prozent des deutschen Strom-Mixes bis zum Jahr 2020 ist unverzichtbar für den Erfolg der Energiewende“, sagte Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar gestern in Berlin. Derzeit liegt der Solarstrom-Anteil bei rund vier Prozent. Nach den jüngsten Plänen des Bundeswirtschaftsministers soll er durch harte Einschnitte bei der Solarstromförderung bei rund fünf Prozent (33 Gigawatt) eingefroren werden.

In der Kritik stehen vor allem die Kosten für die Photovoltaik-Anlagen, die bis heute installiert wurden. Doch Energieexperten wiesen in den vergangenen Wochen wiederholt darauf hin, dass die zukünftig installierten Anlagen kaum noch Kosten verursachen. Außerdem zahlten sich die bisher geleisteten Anschubinvestitionen volkswirtschaftlich aus. Die Branche habe die Kosten inzwischen erfolgreich reduziert.

„Photovoltaik war einmal teuer. Die Preise der Solaranlagen sind rasant gesunken“, so Körnig. Der weitere Solar-Ausbau falle kostenseitig kaum ins Gewicht. Aktuelle Berechnungen der Prognos AG belegten, dass sich der weitere Solarstrom-Ausbau um 70 Prozent bis 2016 kaum auf die Strompreise auswirkt, die dadurch um knapp 2 Prozent steigen.

Ermöglicht wird das durch erhebliche Anstrengungen der Solarbranche, die in den vergangenen drei Jahren die Kosten für schlüsselfertige Solaranlagen beträchtlich gesenkt hat. Erst zum 1. Januar 2012 war eine EEG-Novelle mit harten Sparvorgaben für die Branche in Kraft getreten. Danach sinkt die Solarstrom-Förderung 2012 um rund 28 Prozent, doppelt so schnell wie im Jahr 2011.

Durch technischen Fortschritt, Massenfertigung und einen harten internationalen Wettbewerb gelang es der Branche in den letzten Jahren, den Förderrückgang zu kompensieren. Inzwischen ist Solarenergie auf dem besten Wege, sich zu einer der günstigsten Energieformen zu entwickeln.

Bereits in diesem Jahr erreicht Solarstrom das Preisniveau konventioneller Verbraucher-Stromtarife,

im nächsten Jahr das Förderniveau von Windkraftanlagen auf dem Meer. Doch durch den harten Wettbewerbsdruck schreiben viele Unternehmen inzwischen rote Zahlen. Eine noch schnellere Absenkung der Solarförderung sei für den überwiegenden Teil der Solarindustrie daher nicht tragbar. „Jetzt ist Augenmaß und politische Verlässlichkeit gefragt. Wer jetzt noch stärker den Rotstift anlegt, macht die Solarbranche kaputt“, so Körnig.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/14/solarwirtschaft-warnt-vor-scheitern-der-energiewende/>

Sind die Rekordzubauzahlen der Bundesnetzagentur für Photovoltaik korrekt?

16. Februar 2012 von Andy

(photo credit: Team Massachusetts)

Es wird so schnell nicht ruhig werden an der Front der Photovoltaik-Förderung. Bei der Art wie mittlerweile dieses Thema diskutiert wird, finde ich meinen Begriff aus der Kriegsrhetorik ganz passend. Es geht hier bei allen Beteiligten um sehr viel, da wird wohl mit allen Mitteln gekämpft.

Gestern stellte das [Fachmagazin Photovoltaik](#) die These auf, dass die, von der Bundesnetzagentur, verkündeten Zahlen der neu installierten PV-Leistung für den Dezember 2011 zu sind. Die Bundesnetzagentur hält hingegen nur eine leichte Abweichung von den gemeldeten 3000 Megawatt Zubau im Dezember für möglich. Diese Zahl hat die aktuelle Diskussion über die Förderung der [Photovoltaik](#) erst ausgelöst. Die endgültigen Zahlen wird die Bundesnetzagentur erst im März vorlegen. Banken, Hersteller und Installateure zweifeln an den vorläufigen Zahlen der [Bundesnetzagentur](#), da sie diese Entwicklung nicht nachvollziehen können. Ihre Erfahrungen sehen anderes aus.

Das Magazin Photovoltaik hatte daher nachgefragt bei der Bundesnetzagentur, die aber die genannten Zahlen nach wie vor für sehr belastbar hält. Sie glaubt auch nicht, dass es durch die große Nachfrage in der Vorweihnachtszeit zu Doppelmeldungen neu installierter Anlagen kam.

Es bleibt spannend wie diese Diskussion weitergehen wird.
via [Solar- und Windenergie-Blog](#)

Update:

Im Blog des Fachmagazins Photovoltaik [wittert Karl-Heinz Remmers gezielte Verschwörungen](#) gegen die Photovoltaik-Industrie.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/16/sind-die-rekordzubauzahlen-der-bundesnetzagentur-fur-photovoltaik-korrekt/>

Energieexperte fordert bei Einspeisevergütung eine Phase der Ruhe

20. Februar 2012 von Andy

Die Solarwirtschaft in Deutschland kommt nicht zur Ruhe. Sie steht unter enormen Kostendruck durch die verdeckt subventionierte Konkurrenz in China. Bei so mancher deutschen Solarfirma geht es derzeit um die nackte Existenz. Erste prominente Insolvenzen wie bei Solar Millennium und Solon sowie die Schwierigkeiten bei Q-Cells und Conergy sprechen Bände.

Wenig Freude machen da die jüngsten Forderungen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler, die Solarförderung hart zu beschneiden und dabei einen kompletten Systemwechsel zu vollziehen. Rösler spricht sich dafür aus, die im EEG festgeschriebenen festen und auf 20 Jahre garantierten Einspeisevergütungen aufzugeben. Stattdessen will der Minister die Energieversorger verpflichten, einen bestimmten Teil ihres Stroms aus erneuerbaren Quellen zu liefern. Sie könnten die Erzeugungsform selbst wählen.

Außerdem fordert Rösler, die Förderung neuer Solarstromanlagen auf einen Bruchteil des bisherigen Zubaus zu beschränken. Nach seinen Vorstellungen soll jährlich nur noch der Zubau von 1 Gigawatt Solarstrom gefördert werden. Das wären knapp 90 Prozent weniger als in den beiden Vorjahren 2010 und 2011.

„Durch immer neue Kürzungspläne bei der Solarförderung ist in der Branche mit immerhin über 100.000 Beschäftigten jegliche Investitionssicherheit verloren gegangen. Auch Sachsen mit seinen über 60 Solarfirmen leidet darunter“, kritisiert Energierechtsexperte Prof. Martin Maslaton. „Hier muss endlich Ruhe und damit Planungssicherheit einkehren, zumal erst zum 1. Januar 2012 eine EEG-Novelle mit harten Sparvorgaben für die Branche in Kraft getreten ist.“

Die Novelle lässt die Solarstrom-Förderung 2012 um insgesamt rund 28 Prozent sinken, doppelt so schnell wie im Jahr 2011. In der Zwischenzeit ist von Bundesumweltminister Norbert Röttgen eine monatliche Absenkung der Einspeisevergütung statt des derzeit geltenden halbjährlichen Turnus ins Spiel gebracht worden. Von einem Systemwechsel à la Rösler hält er dagegen nichts.

Hintergrund der neuerlichen Debatte um die Solarförderung ist die vielerorts fehlende Netzkapazität für die steigende Einspeisung von Photovoltaik-Strom sowie der Anstieg der EEG-Umlage, den jeder Stromendverbraucher zusammen mit dem Strompreis bezahlt. Außerdem steigt die Zahl der energieintensiven Unternehmen, die sich von der EEG-Umlage befreien lassen. In dieser Gemengelage gerät nach der Jahresend-Rallye 2011 beim Photovoltaikanlagenbau die EEG-Förderung des Sonnenstroms in den Fokus der Politik.

„Röslers Vorschläge gefährden den Photovoltaik-Standort Deutschland und damit auch in Sachsen massiv. Eine fixe Deckelung der Zubaumenge würde für chaotische Verhältnisse sorgen: Kein Investor weiß vorab, ob seine Anlage noch gefördert wird oder nicht. Das kann für die Existenz der ganzen Branche verheerend sein, die nicht nur zu einer Vorzeigewirtschaft geworden ist und gerade hier in den neuen Bundesländern für äußerst positive Beschäftigungseffekte sorgt“, betont Maslaton.

In den vergangenen drei Jahren sind die Kosten für schlüsselfertige Solaranlagen dank technischen Fortschritts und Massenfertigung in Fernost beträchtlich gesunken. Damit konnte der Rückgang der Einspeisevergütung kompensiert werden. Bereits in diesem Jahr erreicht Solarstrom das Preisniveau konventioneller Verbraucher-Stromtarife, 2013 das Förderniveau von Offshore-Windrädern.

Branchenkenner rechnen damit, dass um das Jahr 2017 die Photovoltaik keiner Förderung mehr bedarf. „Um aber 10 Prozent Solarstrom im Jahr 2020 wie geplant zu erreichen, ist politische Verlässlichkeit gefragt. Wer jetzt noch stärker den Rotstift anlegt, macht die Solarbranche kaputt und dies nicht nur in Sachsen“, so Maslaton abschließend.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/20/energieexperte-fordert-bei-einspeisevergutung->

Solarwirtschaft steht vor größten Herausforderungen

22. Februar 2012 von Andy

Die größte Herausforderung für die Photovoltaik-Industrie ist nicht allein die [Integration von mehr Solarstrom in das Stromnetz](#). Denn, die [bisherigen Diskussionen](#) haben es schon gezeigt, die Förderung durch eine gesetzlich garantierte Einspeisevergütung soll noch weiter gekürzt werden, als ohnehin geplant war. 7

Laut [Handelsblatt](#) hatten sich heute der Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der eigentlich für das EEG zuständig ist, und der [Sonnenblocker](#) Wirtschaftsminister Rösler auf eine weitere Reduzierung der Einspeisevergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen geeinigt. Die Kürzung, die bisher für den 01. Juli vorgesehen war, soll auf den 01. April vorgezogen und noch erhöht werden.

Die Kürzung soll bei kleinen Anlagen 20 Prozent, bei mittleren 25 Prozent und bei großen Freiflächenanlagen mehr als 30 Prozent betragen. Zudem werden maximal 90 Prozent des erzeugten Stroms vergütet, der Rest muss selbst verbraucht werden oder vermarktet werden.

Die [Süddeutsche Zeitung](#) berichtet zudem von weiteren monatlichen Kürzungen um 1,8 cent je Kilowattstunde und einer maximalen Vergütung von 85 Prozent des erzeugten Stroms.

Egal was morgen Mittag bei der Pressekonferenz der beiden Minister verkündet wird, das Signal ist verheerend für die gesamte Branche und ein [Rückschritt für die Energiewende](#). Schon die letzten Kürzungen waren eine sehr [große Herausforderung](#) und nicht alle Unternehmen konnten diese Herausforderung bestehen. Mit weiterem Arbeitsplatzabbau und Insolvenzen von Solar-Unternehmen, vom Handwerker bis zum Modulproduzenten, wird also leider zu rechnen sein. Investoren und ausländische Unternehmen werden sich vermutlich aus Deutschland verabschieden, denn es gibt einige Länder – auch in Europa – die damit bessere Bedingungen haben.

Aber ich bin auch gespannt auf weitere Folgen. Werden jetzt Speicher für Photovoltaik-Anlagen attraktiver und werden die Preise noch schneller sinken? Wer wird dann profitieren? Wird Rösler mit dieser Aktion Billiganbieter aus Fernost fördern?

Weitere Stimmen im [Photovoltaik-Guide](#) und bei [Cleanthinking.de](#), [Spiegel Online](#) und [Focus](#).

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/22/solarwirtschaft-steht-vor-grosten-herausforderungen/>

Wie reagiert die Branche auf die deutliche Kürzung der PV-Einspeisevergütung?

23. Februar 2012 von Andy

Gestern gingen die ersten Berichte von den [neuen Kürzungen bei der Einspeisevergütung für Strom](#) aus Photovoltaik-Anlagen durch die Medien, heute wird der Beschluss offiziell verkündet. Es war eigentlich lange bekannt, aber die Branche ist jetzt in großer Aufruhr – Demonstrationen sind für heute in mehreren Städten geplant.

Was sagen die Vertreter der [Photovoltaik-Branche](#) nun zu dem neuen Beschluss der beiden Minister? Ich möchte hier einige Aussagen sammeln aus Presseinfos und Blogs. Aber ich werde auch aktiv Stimmen einsammeln auf der Messe Bautech/ SolarEnergy und diesen Beitrag weiter ergänzen.

Ove Petersen, GP Joule

„Die heute von der Bundesregierung beschlossenen massiven Fördereinschnitte sind eine Kampfansage gegen die gesamte Solarbranche in Deutschland. Freiflächen-Solaranlagen erzeugen die zweitgünstigste erneuerbare Energieform und kommen ohne teuren Netzausbau aus. Deshalb widerspricht es jeglicher wirtschaftlicher und energiepolitischer Logik, den Markt derart aggressiv zu beschneiden. Die vorschnelle Absenkung der Solarförderung verhindert, dass die Ziele der Energiewende erreicht werden. Die Bundesregierung torpediert damit ihre eigene Politik und hat sich mit ihrer Entscheidung dem Druck der großen [Energieversorger](#) gebeugt.“

Solista Solar: Jetzt besteht Handlungsbedarf!

Mit dieser geplanten Kürzung stellt sich die Bundesregierung ganz klar gegen die Energiewende mit dem Ziel der dezentralen Stromversorgung durch [Erneuerbare Energien](#). Man setzt weiter auf eine zentrale Energieversorgung durch Großkonzerne und damit auf die Atomindustrie. Die geplanten Kürzungen werden gerade die Großanlagen mit den günstigsten Stromgestehungskosten aus dem Markt drängen. Auch die Netzintegration von Erneuerbaren Energien wird dadurch weiter verhindert, ein Ausbau der deutschen Stromnetze wird unter diesen Voraussetzungen nicht erfolgen.

Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar):

Der BSW zeigte sich angesichts der Gerüchte über die Einigung der Minister – basierend auf den Medienberichten – besorgt. „Zusätzliche Einschnitte in der Größenordnung von 20-30 Prozent sind nicht verkraftbar und werden den Ausbau der Solarenergie ausbremsen. Vor dem Hintergrund der gerade erst beschlossenen [Energiewende](#) sind die Kürzungspläne ein Beweis dafür, dass die Regierung es mit dem Umbau auf Erneuerbare Energien nicht ernst meint.“

Karl-Heinz Remmers, Solarpraxis AG

„Man kann nicht mit großer Mehrheit eine Energiewende beschließen, um gleich danach die Wachstumsbranche Solarwirtschaft mit einer Vollbremsung lahmzulegen. Durch dieses Verhalten werden nicht nur die Energiewende, sondern auch Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel gesetzt“, erklärt [Karl-Heinz Remmers](#), Vorstandsvorsitzender der Solarpraxis AG, empört. „Für viele deutsche Unternehmen haben die Kürzungen auf ihrem Heimatmarkt verheerende Auswirkungen – auch in Bezug auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dies betrifft nicht nur bereits angeschlagene, sondern auch bislang noch kerngesunde Firmen“, so Remmers weiter.

Weitere Reaktionen, gesammelt auf der Messe Bautech/ SolarEnergy:

Reinhold Schmitt, [Berlin-Energie](#): „Das ist Marionettentheater, aber keine Politik. Alle Planungen müssen neu gerechnet und geprüft werden, ob sie noch realisiert werden können. Kurzfristig werden vielleicht die Modulpreise ansteigen, durch eine große Nachfrage im März. Langfristig werden die asiatischen

Unternehmen von dieser Politik profitieren.“

Für **B5 Solar** wird die Sonne weiter scheinen, egal was heute Mittag verkündet wird. Es werden vermutlich mehr Module aus Asien gekauft. Die gestiegenen **Strompreise** machen jetzt schon Investitionen in Batteriespeicher interessant, was künftig vermutlich mehr wird.

Auch bei dem Händler **Schoenau** wartet man die Pressekonferenz erst mal ab, aber man freut sich schon auf die verstärkte Nachfrage nach Batteriespeicher.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/23/wie-reaigert-die-branche-auf-die-deutliche-kurzung-der-pv-einspeisevergutung/>

Neue Photovoltaik Vergütungssätze 2012

23. Februar 2012 von Andy

Nach dem wochenlang über eine neue Kürzung der Einspeisevergütung diskutiert und **gestern gemutmaßt** wurde, ist es nun offiziell. Heute Mittag haben der Bundesumweltminister Norbert Röttgen und der Bundeswirtschaftsminister Philip Rösler ihre Einigung in Sachen **Energieeffizienz** und Vergütungssätze für **Photovoltaik** bekannt gegeben.

Auf die Energieeffizienz möchte ich in einem extra Beitrag eingehen, beides zu mischen ist unsinnig. Für die interessierten Leser möchte ich im folgenden aus dem Ergebnispapier zitieren:

- Im Kern soll mit einer deutlichen einmaligen Absenkung der **Vergütung** eine Anpassung an die gesunkenen Marktpreise erfolgen und der Zubau begrenzt werden.
- Außerdem soll künftig nur noch ein bestimmter Prozentsatz der erzeugten Strommenge vergütet werden. Die nicht vergüteten Strommengen können entweder selbst verbraucht oder auf dem Markt verkauft werden. Damit wird ein starker Anreiz für eine wirtschaftliche Nutzung außerhalb der staatlich garantierten Vergütung gesetzt.
- Künftig soll eine feste monatliche Absenkung dazu führen, dass Vorzieheffekte verhindert werden. Dies trägt zur Verstetigung der Entwicklung bei.
- An dem Zielkorridor von 2.500 bis 3.500 Megawatt pro Jahr wird in 2012 und 2013 festgehalten. Danach wird der Zielkorridor um 400 MW pro Jahr abgesenkt.

Mit diesen Maßnahmen sollen die Kosten für die Stromverbraucher gesenkt werden, eine Berechnung dazu wird jedoch nicht vorgelegt. Ob Investoren damit klare Investitionsbedingungen haben, lass ich mal offen.

Die vier folgenden Schritte sollen zu einem kosteneffizienten und marktorientierten Ausbau führen:

- Zusätzliche Einmalabsenkung für alle Anlagentypen zum 9. März 2012.
- Ab 1. Mai 2012 Verstetigung der Degression durch eine monatliche Absenkung der Vergütungssätze.
- Für alle Neuanlagen Einführung eines Marktintegrationsmodells im **EEG** (Begrenzung der vergütungsfähigen Strommenge auf 85 bzw. 90 %).
- Verordnungsermächtigung zur kurzfristigen Nachsteuerung der Vergütung bei Über- oder Unterschreitung des Zubaukorridors; kontinuierliche Absenkung des jährlichen Zubaukorridors ab 2014.

Die neuen Vergütungssätze im Detail zeigt diese Grafik:

Ein Bonus für den Eigenverbrauch fällt künftig komplett weg. Zudem soll nur noch ein bestimmter Prozentsatz der in der Anlage produzierten Strommenge förderfähig sein. Kleine Dachanlagen bis 10 kW Leistung erhalten die EEG-Vergütung nur für 85% der im Kalenderjahr erzeugten Strommenge, bei allen anderen Anlagen soll die vergütungsfähige Strommenge auf 90% festgelegt werden.

Der schon oft diskutierte Deckel in der Förderung wird jetzt Zubaukorridor genannt und legt die künftige Absenkung der Vergütung fest. Für 2012 und 2013 soll der bisherige Zielkorridor von 2.500 bis 3.500 MW beibehalten werden; danach sinkt der Zielkorridor jährlich um 400 MW ab und wird von 2017 an 900 bis 1.900 MW betragen.

Der Begriff der Inbetriebnahme bei PV-Anlagen soll künftig enger gefasst werden. Künftig muss das stromerzeugende Modul fest installiert und mit einem Wechselrichter ausgestattet sein.

Weitere Änderungen und Beitrag zur Netzstabilität:

Netzstabilität: Die Kosten für die Umrüstung der 50,2 Hz sollen je zur Hälfte über die Netzentgelte und die EEG-Umlage gewälzt werden. Die Durchführung der Umrüstung obliegt den Netzbetreibern. Die Anlagenbetreiber sind zur Duldung und Mitwirkung bei der Umrüstung verpflichtet. Bei fehlender Mitwirkung verliert der Anlagenbetreiber dauerhaft seinen Anspruch auf Vergütung.

Stromspeicher sind künftig grundsätzlich vollständig von der EEG-Umlage befreit sind (§ 37 EEG).

Einspeisemanagement: Für die Integration der PV in die [Stromversorgung](#) ist die Einbeziehung von PV-Anlagen in das Einspeisemanagement wichtig. Ab 1. Juli 2012 werden auch Anlagen unter 100 kW erfasst.

Quelle: [BMU-Ergebnispapier](#) und [Photovoltaik-Guide](#)

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/23/neue-photovoltaik-vergutungssatze-2012/>

Weitere Reaktionen der Branche auf die Kürzungen der PV-Einspeisevergütung

24. Februar 2012 von Andy

Gestern waren die gesamte Solarbranche und alle Solarinteressierte in großer Aufruhr. Die mittags veröffentlichten [neuen Einspeisevergütungen](#) und das kurzfristige Inkrafttreten haben viele, vor allem in der deutschen Industrie, schockiert. Meine [kurze Umfrage auf der Messe Bautech/ Solarenergy](#) war leider etwas verfrüht und konnte noch nicht die tatsächlichen Änderungen aufgreifen.

Bei über 50 Unternehmen aus der [Photovoltaik](#)-Branche wurde gestern gegen die Kürzungen protestiert, da bei vielen Unternehmen nun mit der Streichung von Arbeitsplätzen gerechnet wird. Einige Aussagen versuche [hier](#) wieder zu geben, da jetzt interessant ist, wie die Solarbranche die künftige Entwicklung sieht.

Im [Blog von SMA](#) erklärt der Vorstandssprecher in einem Videointerview, welche Strategie zur Senkung der Einspeisevergütung richtig wäre, und dass die [Energiewende](#) dennoch nicht aufzuhalten ist.

Die Pläne der Bundesregierung haben selbst die bedächtigen Franken bei IBC Solar zur Demo auf die Straße getrieben, so IBC Vorstandsmitglied [Norbert Hahn im IBC Blog](#). Weiter schrieb er:

Die Sorge und das Unverständnis über die drastischen Einschnitte sind groß. Vor nicht einmal zwei Monaten ist das neue [Erneuerbare Energien](#) Gesetz (EEG) in Kraft getreten. Bereits darin sind erhebliche Kürzungen der Förderung enthalten. Darauf konnte sich die Branche einstellen. Und sie hat ihre Hausaufgaben gemacht. Aber wie sollen weitere Kürzungen bis zu 30 Prozent zusätzlich bis zum 1. April, also innerhalb von wenigen Wochen, wirtschaftlich geleistet werden?

Wir empfinden es schon als Zumutung, was da jetzt auf dem [Tisch](#) liegt. Und es gefährdet ohne Not, nicht wenige der 100.000 Arbeitsplätze der Branche. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von IBC SOLAR können das nicht verstehen.

Bei juwi ist es schwieriger [Informationen zum Aktionstag](#) zu finden, Social-Media wird dort nicht genutzt. Auch dort fürchtet man Arbeitsplätze abbauen zu müssen. Im Pressebereich finden sich einige Aussagen:

„Die Solarenergieentwicklung hat enorme Fortschritte gemacht und befindet sich auf den letzten Metern zur Wettbewerbsfähigkeit. Wenn allerdings jetzt die Solarförderung dramatisch gekürzt wird, erntet unser Land nicht mehr die Früchte der seit Jahren gelegten Saat“, sagte Herbert Muders, Geschäftsführer Deutschland der juwi-Solar GmbH.

„Der weitere Ausbau der Photovoltaik wird keine maßgeblichen Kosten für die Stromkunden mehr erzeugen. Derzeit zahlt jeder Stromkunde im Schnitt gerade Mal 3,50 Euro im Monat für die Nutzung der Solarenergie. Das ist so viel, wie ein Latte Macchiato im Pappbecher kostet. Bei weiterem Zubau kämen maximal 10 bis 15 Cent dazu –weniger als ein Extra-Schuss Vanille-Sirup für den Milchkaffee. Dagegen stehen Milliardeninvestitionen in regionale Wertschöpfung, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine langfristig sichere und bezahlbare [Energieerzeugung](#), die einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen für Deutschland haben“, bekräftigte Herbert Muders.

Unter dem Motto: “Die Solarbranche geht baden – die Energiewende geht unter” wurde von Mitarbeitern von [AS Solar](#) unter lautem Protest die Energiewende symbolisch im Maschsee versenkt. Auf Plakaten forderten die Demonstrierenden den Bundeswirtschaftsminister auf, die Kürzungspläne fallen zu lassen. Nur mit einem kraftvollen weiteren Ausbau der [Solarenergie](#) werde die Energiewende gelingen.

AS Solar Gründer und Geschäftsführer Gerd Pommerien warnt: “Die Solarbranche ist auf einem guten Weg, der sich zunehmend auch wirtschaftlich und in einigen Jahren auch ohne Förderung darstellen lässt. Alles ist bereits verbindlich im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geregelt. Die jetzt trotzdem diskutierten völlig überzogenen Kürzungspläne bedrohen die Existenz unseres Unternehmens und den Erfolg der Energiewende. Ohne verlässliche Rahmenbedingungen kann nicht weiter in Standorte und Arbeitsplätze investiert werden. Wenn das umgesetzt wird, was hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurde, dann war’s das mit der deutschen Solarwirtschaft.”

Gerd Pommerien bekräftigt: “Wir von AS Solar konnten allein in Deutschland fast 150 Arbeitsplätze in einem Zukunftsmarkt schaffen. Die sind gefährdet, wenn die Kürzungspläne umgesetzt werden. Die von der Mehrheit gewünschte und beschlossene Energiewende wird von verschiedenen Politikern ignoriert und sogar torpediert. Man kann hier klar die erfolgreiche Lobbyarbeit des Oligopols der vier großen [Energieversorger](#) erkennen.”

Das Team von AS Solar appelliert mit der Aktion an die Politik, der Zerstörung der Solarwirtschaft nicht zuzustimmen und die Solarstromförderung deutlich weniger stark zu reduzieren als von Bundeswirtschaftsminister Rösler geplant.

Bei den Mitarbeitern von [Donauer Solartechnik](#) hat die Kürzung der PV-Einspeisevergütung auch für Empörung gesorgt. In der Firmenzentrale des Fachgroßhändlers in Gilching regt sich Widerstand gegen

die geplanten massiven Einschnitte bei der Förderung.

„Wir empfinden die geplante Gesetzesänderung als überstürzt und überzogen. Anpassungen an die Preisentwicklung im Markt befürworten wir grundsätzlich, doch die Herren Rösler und Röttgen setzen in einer Hauruck-Aktion jahrelang aufgebaute Strukturen und Arbeitsplätze der Solarbranche aufs Spiel“, unterstreicht Walter Manns, Geschäftsführer bei Donauer Solartechnik. Er ergänzt: „Planbarkeit und Verlässlichkeit sind unverzichtbare Grundlagen wirtschaftlichen Handelns. Gerade mittelständische Unternehmen wie unsere Kunden und wir können durch die Gesetzesänderung in eine massive Krise gestürzt werden.“

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/24/weitere-reaktionen-der-branche-auf-die-kurzungen-der-pv-einspeisevergutung/>

Was tun wenn sich die geplante Photovoltaik-Anlage nicht mehr lohnt?

26. Februar 2012 von Andy

Nach der [Verkündung der neuen Einspeisevergütungen für Photovoltaik-Anlagen](#) werden sicher einige Interessenten oder Investoren sich Gedanken machen über die geplante Investition. Wer sich überlegt und durchgerechnet hat, ob die geplante oder vielleicht schon bestellte [Anlage noch finanziell lohnt](#), macht sich vielleicht Gedanken, ob er die Anlage wieder stornieren soll – von einem Fall habe ich bereits gelesen. Die Verunsicherung darüber im Markt scheint jedenfalls sehr groß zu sein.

Wer den Auftrag zur Lieferung und [Montage](#) bereits erteilt hat, der hat vielleicht noch Chancen, dass die Inbetriebnahme noch vor dem 09.03.2012 erfolgt und damit noch die aktuelle Einspeisevergütung erhält. Was genau die Inbetriebnahme nach §3 Nr. 5 im EEG bedeutet und was dabei zu beachten ist, wird ausführlich erläutert in einem [Blogbeitrag der Rechtsanwälte in Partnerschaft Flaig Ritterhoff](#) aus Freiburg im Breisgau.

Wer die Inbetriebnahme noch vor dem Stichtag schafft, kann sich glücklich schätzen. Was aber, wenn eine Inbetriebnahme nicht mehr geschafft werden kann, aus welchen Gründen auch immer? Auch dazu gibt der [Artikel der Anwälte](#) Auskunft und gibt erste Auskünfte zu den Themen Preisanpassung, Widerruf oder Kündigung eines Kaufvertrags.

Schön, dass es auch bloggende Anwälte gibt, die sich auf den Bereich Erneuerbaren Energien spezialisiert haben.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/26/was-tun-wenn-sich-die-geplante-photovoltaik-anlage-nicht-mehr-lohnt/>

Wirtschaftsforscher warnen vor übertriebenen Einschnitten in die Vergütung von Solarstrom

29. Februar 2012 von Andy

Das [Erneuerbare-Energien-Gesetz \(EEG\)](#) hat in den letzten Jahren zu einem unerwartet starken Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von [Solarstrom \(Photovoltaik\)](#) geführt. Daraus ergeben sich in der gegenwärtigen Situation mehrere Herausforderungen: eine Stabilisierung der von Stromverbrauchern zu zahlenden [EEG-Umlage](#), eine Vermeidung von Überförderungen, eine Verminderung des Ausbautempos und eine Abschwächung von kurzfristigen Marktschwankungen, die insbesondere durch Vorzieheffekten ausgelöst werden. Diese Ziele sind im Grundsatz gerechtfertigt, gleichzeitig soll aber die Marktentwicklung nicht allzu starken Schocks ausgesetzt werden und eine kontinuierliche Entwicklung der PV in Deutschland ermöglicht werden.

Das EEG ist in den letzten Jahren mehrfach angepasst worden. Bisher liegen mit den neuen **Regeln des seit 1. Januar gültigen EEG 2012** nur wenige Erfahrungen vor. Es ist fraglich, ob darüber hinaus wirklich ein dringender Handlungsbedarf für so einschneidende Maßnahmen besteht, wie sie nun von der Bundesregierung vorgesehen sind. Anfang 2012 gab es bereits eine Senkung der Vergütungssätze (gesetzliche Degression) um 15%. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hatte bisher – auch noch im Januar 2012 – eine wesentlich andere Position vertreten (im Sinne des [EEG 2012](#) verbunden mit einem Vorschlag für eine monatliche Degression) als in dem [Kompromiss mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie \(BMWi\) vom 23. Februar](#) und dem entsprechenden Gesetzentwurf („Formulierungshilfe“). Es ist deshalb die Frage zu stellen, ob das Gesamtpaket des aktuellen politischen Kompromisses zu weit geht. Wichtig ist, dass eine neue Lösung der PV-Förderung wirklich zumindest kurz- und mittelfristig tragfähig ist, sodass die Investitionssicherheit nicht beeinträchtigt wird.

Die vorgesehene **einmalige Absenkung** der Vergütung in der Größenordnung um 20 bis 30 % bereits zum 9. März 2012 ist sehr kräftig und sehr kurzfristig. Es ist fraglich, ob der Vertrauensschutz für Investoren gewahrt bliebe. Die Höhe der Absenkung muss mittelfristig außerdem zusammen mit der monatlichen Degression (ab Mai 2012) und dem sog. Marktintegrationsmodell (wirksam ab 2013) beurteilt werden. Die angestrebte Vermeidung von Vorzieheffekten rechtfertigt für sich genommen solche Kurzfristanpassungen nicht. Ein Vorzieheffekt ist bereits schon wieder ausgelöst worden, verstärkt durch die Ankündigung drastischer Kürzungen.

Eine **Degression** auf monatlicher Basis – wie im Gesetzentwurf vorgesehen – könnte künftige Vorzieheffekte vermindern und ist insofern zu begrüßen. Die Degressionsätze wären nach dem Gesetzentwurf allerdings grundsätzlich festgeschrieben und würden die Marktentwicklung nicht mehr berücksichtigen. Angesichts der unsicheren Perspektiven des PV-Marktes ist eine solche [Regelung](#) mit Risiken verbunden.

Stattdessen könnte die Degression abhängig gemacht werden von der tatsächlichen Entwicklung der Systempreise für Photovoltaikanlagen oder von dem tatsächlichen Ausbau der Photovoltaikkapazitäten. Eine Abhängig vom Systempreis würde am ehesten der EEG-Logik einer Kostenorientierung und damit einer Vermeidung von Überförderungen entsprechen. In der gegenwärtigen Situation wird aber zugleich das Ziel eines verminderten Photovoltaikausbaus verfolgt, insbesondere um einem weiteren Ansteigen der EEG-Umlage entgegen zu wirken. Dann könnte aber eine Abhängigkeit der Degression vom Ausbau sinnvoll sein, wie sie bisher bereits gilt („atmender Deckel“).

Der im Gesetzentwurf enthaltene konstante Degressionssatz von 0,15 Cent pro Monat bzw. 1,8 Cent pro Jahr wäre angemessen, wenn dies die erwartete künftige Kostenentwicklung widerspiegeln würde.

Entsprechende Studien, die zu einem solchen Ergebnis kommen, liegen aber nicht vor. Außerdem sind Prognosen der Systempreise sehr unsicher. Eine Fortschreibung der linearen Absenkung der Vergütung führt aber nach einigen Jahren zu extrem niedrigen oder sogar negativen Werten. Das entspricht nicht einer plausiblen Entwicklung der Systemkosten. Stattdessen verbirgt sich hinter einem solchen Degressionspfad die Vorstellung, die Photovoltaikförderung für Neuanlagen in einigen Jahren ganz auslaufen zu lassen.

Die vorgesehene **Verordnungsermächtigung** (des BMU im Einvernehmen mit dem BMWi) **für Vergütungsanpassungen**, wenn der Zielkorridor des Ausbaus in drei aufeinander folgenden Monaten über- oder unterschritten wird, ist nicht unproblematisch, selbst wenn es sich um zeitlich (auf zwölf Monate) begrenzte Anpassungen handelt. Die Vergütungshöhe sollte grundsätzlich Sache des Parlaments sein. Die vorgesehenen Vergütungsanpassungen sind außerdem für Über- und Unterschreitungen des Korridors nicht symmetrisch formuliert. Die Möglichkeit von diskretionären Anpassungen in vorher nicht bekannter Höhe schafft zusätzliche Unsicherheiten für Investoren.

Der **Zielkorridor** der Ausbauleistung sinkt dem Entwurf zufolge von 2500-3500 MW pro Jahr bis 2017 auf 900-1900 MW pro Jahr. Damit würde der im Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland von 2010 enthaltene Ausbau der Photovoltaikleistung auf 52 GW im Jahr 2020 nicht erreicht. Die Verminderung von **Solarstrom** müsste z.B. durch mehr Windstrom ausgeglichen werden.

Nach dem sog. **Marktintegrationsmodell** würden nur 85 % (bei kleinen Anlagen) bzw. 90 % (bei größeren Anlagen) der Erzeugung nach EEG-Sätzen vergütet. Der Rest müsste selbst verbraucht oder vermarktet werden bzw. würde nur mit dem Börsenpreis vergütet. Daraus ergibt sich insbesondere bei größeren Anlagen (abhängig vom Eigenverbrauchsanteil) eine zusätzliche Verminderung der durchschnittlichen Gesamtvergütung.

Der Entwurf enthält darüber hinaus eine **Verordnungsermächtigung** zur Übertragung des sog. **Marktintegrationsmodells** auch auf **andere Technologien** wie Wind- und Bioenergien. Eine solche Regelung würde zu weiteren derzeit nicht abschätzbaren Vergütungsänderungen führen, ohne dass die Parlamente beteiligt wären. Es derzeit fraglich, ob der Gesetzgeber eine solche Verordnungsermächtigung wirklich beschließen wird. Es wäre außerdem noch zu untersuchen, inwiefern eine Senkung der vergütungsfähigen Stromerzeugungsmenge und damit ein weitgehender Zwang zu einer teilweisen Direktvermarktung geeignet wären, die Marktintegration effizient voranzubringen.

Der **politische Kompromiss** ist im Zusammenhang mit dem Kompromiss zur europäischen Energieeffizienz-Richtlinie zusehen. Kompromisse, **die die** Steigerung der Energieeffizienz voranbringen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie dürfen aber nicht übermäßig zu Lasten von erneuerbaren Energien gehen. In diesem Zusammenhang ist in der politischen Diskussion auch das klimapolitische Emissionsziel der EU angesprochen worden. Bisher hat sich die EU zu einer Verminderung der Emissionen von Treibhausgasen um 20 % gegenüber 1990 verpflichtet. Dieses EU-Ziel muss dringend auf mindestens 25 % bis 30 % erhöht werden (in Abhängigkeit von Anrechnungsmöglichkeiten projektbezogener Emissionsgutschriften aus Drittländern). Die Position der Bundesregierung zu dieser Zielfestlegung ist aber bisher immer noch unklar.

Das **EEG** hat in Deutschland **energie- und umweltpolitisch** eine hohe Bedeutung. Ohne diese Förderung wären die nationalen und die in der EU vereinbarten Ziele zur Emissionssenkung und zur Nutzung erneuerbarer Energien nicht zu erreichen. Darüber hinaus hat das deutsche **EEG** auch eine internationale Vorbildfunktion für Regelungen in anderen Ländern. Wenn Änderungen am EEG vorgenommen werden, dann sollten sie so ausgestaltet werden, dass sie nicht zu nationalen und internationalen Verunsicherungen über den Kurs der Förderpolitik führen.

Die Förderung der Photovoltaik ist darüber hinaus nicht zuletzt auch **industrie- und technologiepolitisch** begründet. Beim jetzigen Entwicklungsstand kann es zwar sicherlich nicht

Aufgabe des EEG sein, eine ausreichende Nachfrage für den inländischen Photovoltaik-Absatz zu gewährleisten, zumal sowohl Importe als auch Exporte mittlerweile eine große Rolle spielen. Die Förderpolitik sollte aber auch mit Blick auf die Entwicklung der Solarindustrie auf Kontinuität und Berechenbarkeit der politischen Rahmenbedingungen achten und zu starke Schocks vermeiden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/02/29/wirtschaftsforscher-warnen-vor-ubertriebenen-einschnitten-in-die-vergutung-von-solarstrom/>

Die Liste der 7 Thesen gegen die übereilte und deutliche Kürzung der Solarförderung

veröffentlicht am 2. März 2012 von Andy

Ich muss jetzt wieder zum Thema Photovoltaik zurück kommen, auch wenn es noch viele andere wichtige Themen gibt. In der vergangenen Woche fand das 27. Symposium Photovoltaische Solarenergie in Bad Staffelstein statt, eine klassische Veranstaltung in der Branche. Dieses Jahr wurde die Veranstaltung überschattet von dem aktuellen Thema der übereilten deutlichen Kürzung der Einspeisevergütung.

Die Teilnehmer haben reagiert und sieben Antithesen zum Vorhaben der Bundesregierung in einer Staffelsteiner Erklärung veröffentlicht, die ich meinen Lesern nicht vorenthalten möchte. Es geht im wesentlichen um die Bedeutung der Photovoltaik für die Energiewende und die deutsche Wirtschaft.

Es sollen 1.500 Personen die Erklärung unterzeichnet haben, die von der Politik eine Rückkehr zu einem demokratischen Dialog erwarten. Schließlich werden bei allen anderen Entscheidungsprozessen auch die betroffenen Organisationen eingebunden. Morgen sollen die Staffelsteiner Erklärung in einer großen deutschen Tageszeitung erscheinen, warum man aber nicht mehr Möglichkeiten nutzt, sie über Social-Media zu verbreiten, verstehe ich nicht.

Die 7 Thesen im Wortlaut:

1. Die Energiewende ist richtig.

Ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energien und Energieeffizienz ist der einzige Weg, den wir als Industrienation haben, um unsere Sicherheit und Lebensqualität bezahlbar zu sichern. Wir bieten damit der Welt ein attraktives Beispiel, das viele Nachahmer findet.

2. Photovoltaik als wesentliche Säule der künftigen Energieversorgung

Bei der Stromerzeugung ist die Photovoltaik einer von drei Pfeilern der Energiewende – Solarstrom, Windstrom und die anderen Erneuerbaren. Sie sind die anzustrebende Zukunft und besitzen das notwendige Ausbaupotential. Photovoltaik hat bereits heute eine netzstabilisierende Wirkung und hilft, künftige Black-outs zu vermeiden, ohne dass die Höchstspannungsnetze kurzfristig ausgebaut werden müssen.

3. Photovoltaik als lohnende Investition für Deutschland

Photovoltaikstrom in Deutschland ist als Teil des EEG ein erfolgreiches Instrument für die Energiewende. Photovoltaik ist eine für die Volkswirtschaft lohnende Investition. Durch die Vorinvestition in die technische und ökonomische Entwicklung mittels EEG soll zukünftig jeder Bürger am günstigen Solarstrom profitieren.

4. Photovoltaik senkt Spitzenstrompreis

Die Photovoltaik hilft bereits heute durch die Senkung der Spitzenstrompreise an der Strombörse allen Stromkunden (Merit-Order-Effekt). Dabei profitiert insbesondere die deutsche energieintensive Industrie, weil sie von der EEG-Umlage befreit ist.

5. Gesetzesentwurf gefährdet 130.000 Arbeitsplätze

Das EEG und die Photovoltaikentwicklung in Deutschland sind eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen. Die im Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Änderungen am EEG werden in ihrem Ausmaß wesentliche Teile der deutschen Photovoltaikwirtschaft mit 130.000 Arbeitsplätzen insbesondere im Handwerk gefährden. Die investierenden Unternehmen müssen dabei langfristig auf die Aussagen der Politik vertrauen können. Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Politik wird durch diese kurzfristig angekündigten wesentlichen Eingriffe beschädigt. Damit werden die Menschen, die über den **Strompreis** den Aufbau dieser Zukunftsindustrie ermöglicht haben, um den Lohn ihrer Arbeit gebracht.

6. Kein Freibrief für beliebige EEG-Änderungen

Der jetzige Gesetzesentwurf enthält eine Verordnungsermächtigung, die einem Freibrief für unkontrollierte weitere Beschränkungen gleich kommt. Dieses entzieht weiteren nachhaltigen Investitionen jegliche Grundlage: laufende Investitionen haben Probleme und künftige werden unmöglich gemacht.

7. Angebot an die Politik

Die deutsche Photovoltaik-Branche sieht trotzdem in der stetigen Anpassung/Weiterentwicklung des EEG interessante Überlegungen zur Verstärkung und Marktintegration. Sie bietet der Politik an, an der Ausgestaltung des Übergangs vom EEG- Vergütungsmodell in ein zukünftiges Marktintegrationsmodell zu verhandeln, damit Deutschland seine Vorreiterrolle in der Photovoltaik verteidigt. Die produzierende deutsche Industrie muss, um konkurrenzfähig zu bleiben, mit einer an internationalen Maßstäben orientierten Industriepolitik unterstützt werden, z.B. Zugang zu Krediten für Investitionen.

Das novellierte EEG muss sorgfältig vorbereitet werden, um die **Energiewende** abzusichern. Es kann nicht mit heißer Nadel gestrickt und durchs Parlament gejagt werden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/02/die-liste-der-7-thesen-gegen-die-ubereilte-und-deutliche-kurzung-der-solarforderung/>

Erneuerbare Energien erzeugen mehr Strom als Atomkraftwerke

veröffentlicht am 2. März 2012 von Andy

Man muss in der Diskussion um **Photovoltaik** immer wieder die gleichen Argumente einbringen, dieses gefällt mir besonders gut:

Der Anteil der **erneuerbaren Energien** an der Stromerzeugung steigt in Deutschland weiter an. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2012 haben Wind- und **Solaranlagen** bereits 13,2 Milliarden Kilowattstunden Strom (Jan. – Feb. 2011: 9,3 Mrd. kWh) produziert. Das sind 42 Prozent mehr als vor einem Jahr, teilte das **Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR)** in Münster als Ergebnis einer Auswertung von Daten der Strombörse EEX in Leipzig mit. "Wind- und Solaranlagen haben

damit mehr Strom produziert, als alle acht abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland theoretisch in diesem Zeitraum hätten erzeugen können“, sagte IWR-Direktor Dr. [Norbert Allnoch](#).

Von einer angeblichen Stromknappheit, über die besonders im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Kaltreserve diskutiert wurde, könne keine Rede sein, so Allnoch. Die Bundesnetzagentur geht davon aus, dass das Anzapfen dieser Reserven Anfang Februar von den Stromhändlern verursacht wurde. Erhebliche Unterdeckungen im Stromnetz von mehreren tausend Megawatt wurden mit angeblichen "Lastprognosefehlern" erklärt, die dann ausgeglichen werden mussten. Allnoch: "Es ist schon sehr erstaunlich, dass eine genauere Leistungsprognose für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom möglich war als für Strom aus konventionellen Kraftwerken."

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/02/erneuerbare-energien-erzeugen-mehr-strom-als-atomkraftwerke/>

Photovoltaik braucht eine Charme-Offensive für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung

veröffentlicht am 4. März 2012 von Andy

Als ich am Freitag meinen Artikel zu den sieben Thesen der Staffelsteiner Erklärung geschrieben habe, wollte ich ihn nur weiterverbreiten. Aber so ein Artikel muss noch weiter verbreitet und diskutiert werden, als nur auf ein paar Webseiten und Blogs – ohne jede Verlinkung. So habe ich aus den 7 Thesen eine Präsentation erstellt und zur Weiterverarbeitung und Weiterleitung über verschiedene Kanäle bekannt gemacht.

Eigentlich wollte ich, dass mir andere helfen, die Präsentation zu verschönern und diese auch weiterverbreiten. Es ist aber etwas ganz anderes passiert, die Präsentation wurde viel häufiger angeschaut als der dazugehörige Artikel und im Netzwerk Google+ hat sich eine lange Diskussion zum Thema Solarenergie entwickelt. Diese Diskussion hat es sogar in die angesagten Beiträge bei Google+ geschafft, vermutlich der erste Beitrag aus dem Energie-Bereich, der es soweit geschafft hat. Die Diskussion wurde auch im Online-Branchenmagazin photovoltaik-guide.de erwähnt, um weitere Mitstreiter pro Photovoltaik zu finden.

Ich finde es toll, dass sich eine solche interessante Diskussion entwickelt hat, mit vielen mir bisher unbekanntem Teilnehmern. Bei anderen sozialen Netzwerken wäre das vermutlich nicht so möglich, bei Facebook ist man z.B. meist nur mit gleichgesinnten unter sich. So sind innerhalb dieser Diskussion sind wieder einmal viele alte Vorurteile gegenüber der Photovoltaik aufgetaucht, alte längst widerlegte Behauptungen wurden wieder aufgestellt.

Ob diese Diskussion von normalen Lesern geführt wurde oder von Vertretern von der alten Energiebranche kann man nicht sagen. Aber ich denke, dass die öffentliche Argumentation gegen Photovoltaik und um die EEG-Umlage bei vielen Menschen leider fruchtet und auf ähnliche Art und Weise diskutiert wird, wie in dieser Diskussion am Freitag. Ich höre solche Argumente leider sehr oft – Photovoltaik wird falsch eingeschätzt und andere erneuerbare Energien werden überschätzt.

Daher sehe ich dringenden Handlungsbedarf für die Photovoltaik-Branche und fordere von ihr eine Charmoffensive ein, damit sie mehr Akzeptanz erfährt in der Bevölkerung. Es sind mehr solche informativen Beiträge notwendig, wie im Sunny-Blog von SMA, der viele Fakten zur Photovoltaik ausführlich erklärt. Diese Beiträge müssen unterschiedlich aufbereitet und weiterverteilt werden in sozialen Medien, damit die Freunde der Photovoltaik in privaten Diskussionen oder in sozialen Online-Netzwerken besser argumentieren können. Das einfachste Beispiel, wie so etwas gehen kann, ist die oben erwähnte Diskussion und die einfache Präsentation als Auslöser.

Weitere solche Beispiele oder Ideen könnte ich gerne ergänzen.

Wenig hilfreich sind, meiner Meinung nach, leider solche Aktionen wie die ecard-Aktion des Bundesverbandes Solarwirtschaft BSW. Ich fürchte, dass diese Aktion verpuffen wird, denn keiner kann nachvollziehen wie die Empfänger damit umgehen und wie viele Karten die Empfänger bekommen. Anders wären z.B. offene Anfragen über das Portal abgeordnetenwatch.de und wenn die Argumentationshilfen nicht nur für die üblichen Medien verfügbar wären, sondern für alle einschlägigen Bilder-, Video- und Dokumentportalen.

Wichtig wird es auch, wenn die jetzt erreichten Online Synergien von Medien, Blogger und Solar-Unternehmen künftig weiter geführt und ausgebaut werden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/04/photovoltaik-braucht-eine-charme-offensive-fur->

Mit Sonnenschein für mehr Sonnenenergie und gegen den Solar-Ausstieg

veröffentlicht am 5. März 2012 von Andy

Bei schönstem Sonnenschein haben heute Mittag in Berlin 11.000 Menschen vor dem Brandenburger Tor gegen den "Solar-Ausstieg" protestiert. Das ist ein eindrucksvolles Signal an die Bundesregierung, auf radikale Kürzungen beim Ausbau der Solarenergie und der Solarförderung zu verzichten.

Zu der Großkundgebung am Brandenburger Tor hatten der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW-Solar) gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der IG Metall, der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) geladen. Auf der Demonstration bekundeten Spitzenpolitiker wie Sigmar Gabriel, Jürgen Trittin und Gregor Gysi ihre Solidarität mit den Mitarbeitern der Solarbranche.

Die Veranstalter appellierten an die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Bundeskanzlerin, auf zusätzliche Kürzungen der ohnehin stark rückläufigen Solarförderung weitestgehend zu verzichten. Die Solarbranche befürchtet einen Markteinbruch von bis zu 75 Prozent für den Fall, dass die Gesetzesinitiative nicht gestoppt oder erheblich nachgebessert wird. Der Betrieb neuer Solarstromanlagen sei ansonsten überwiegend nicht mehr rentabel, eine Insolvenzelle unvermeidbar und 100.000 Arbeitsplätze in Gefahr.

Die **Energiewende** sei ohne einen weiteren kraftvollen Ausbau der Solarstrom-Nutzung nicht zu schaffen. "Statt zu beschleunigen bremst die Regierung bei der **Energiewende**. Es ist absurd, dass der Photovoltaik-Ausbau ausgerechnet in dem Moment massiv eingeschränkt werden soll, in dem die Kosten für neue Solarstrom-Anlagen deutlich sinken und die Förderung der Solarenergie kaum noch nennenswerte Effekte auf die Stromtarife hat", sagt Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe.

Prof. Dr. Eicke Weber, Direktor des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg, teilt wie viele andere Wissenschaftler diese Auffassung: "Diese Hau-ruck-Aktion entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Basis. Kurz vor dem Durchbruch laufen wir nun ernsthaft Gefahr, die Früchte einer jahrelangen technologischen Vorreiterrolle leichtfertig zu verspielen. Deutschland muss schnellstens zu einer berechenbaren Wirtschafts- und Energiepolitik zurückkehren.

"Günther Cramer, Präsident des Bundesverbandes Solarwirtschaft, hält die Gründe für die Zubau- und Förderkürzungen für vorgeschoben: "Die technischen Herausforderungen der **Energiewende** sind lösbar. Die Anschubkosten für den weiteren kraftvollen Ausbau der **Solarenergie** halten sich im Rahmen und zahlen sich aus. Mit Hilfe eigener Solarstromanlagen oder Beteiligungen an Solarfonds nehmen bereits über eine Million Bürger die Energiewende selbst in die Hand. Das ist den Energiekonzernen ein Dorn im Auge, da sie so zunehmend Marktanteile verlieren und für die Photovoltaik kein Geschäftsmodell haben." Die Politik müsse jedoch erkennen, dass sich die Energiewende nicht mehr aufhalten lasse und zum Wohle der Allgemeinheit, nicht weniger Konzerne gestaltet werden müsse. "Wir benötigen endlich zuverlässige Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und der **Photovoltaik**", so Cramer.

Nach aktuellen Repräsentativbefragungen des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid lehnen zwei Drittel der Bundesbürger die jüngsten Kürzungspläne der Bundesregierung ab. Erst im Sommer vergangenen Jahres hatte diese selbst noch die Absicht geäußert, mit dem vorgezogenen Ausstieg aus

der Atomenergie den Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigen zu wollen.

Weitere Fotos von mir auf der Solardemo gibt es im [Picasa-Webalbum des heutigen Tages](#). Die vielen Tweets von der Demo kann man ebenfalls mit dem Hashtag [#Solardemo](#) nachlesen, dabei danke ich den vielen anderen Twitterer, die auch von dort berichtet hatten. Als Test habe ich von der Demo auch Tondokumente mitgeschnitten und veröffentlicht: <http://soundcloud.com/energystar/sounds-from-monday-afternoon-1>

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/05/mit-sonnenschein-fur-mehr-sonnenenergie-und-gegen-den-solar-ausstieg/>

Über die Auswirkungen der Vergütungskürzung auf den Photovoltaik-Markt

veröffentlicht am 14. März 2012 von Andy

Quelle: Uwe Steinbrich / pixelio.de, <http://www.pixelio.de/media/513303>

Noch weiß keiner, wie sich die [neuen Einspeisevergütungen für Photovoltaik-Anlagen](#) ab dem 01. April auf den Markt auswirken werden. Alle Aussagen, wie sich die Solarbranche ändern wird, sind bis jetzt reine Spekulation – genauso wie die Aussagen der Regierungsfractionen letzte Woche im Bundestag, dass die [positive Entwicklung](#) der Solarbranche weiter gehen wird. Fakt sind bis jetzt allerdings zahlreiche Stornierungen von Aufträgen und die Verunsicherung der gesamten Wirtschaft in den Erneuerbaren Energien, wie der [NDR](#), die [Mitteldeutsche Zeitung](#) oder das Unternehmen [relatio PV](#) berichten.

Was sich langfristig ändern wird, kann man heute noch nicht abschätzen. Die Aussagen reichen von einem völligen Zusammenbruch des Marktes bis hin zu einer realistischen Halbierung des deutschen Photovoltaikmarktes (Einschätzung im [SMA-Blogbeitrag "Energiewende ohne Photovoltaik"](#)).

Die Aussage von SMA könnte realistisch sein, aus zweierlei Gründen:

Zum einen haben die chinesischen Hersteller wenig Sorgen mit den reduzierten Vergütungssätzen und heizen den [Preiskampf auf dem deutschen Markt](#) noch weiter an, trotz [eigener roter Zahlen](#). Sie sollen auch noch volle [Lager](#) haben, um Spielraum für weitere Preissenkungen zu haben.

Über den anderen Punkt habe ich auch schön öfters nachgedacht. Die Vergütungssätze liegen künftig unter dem Haushaltsstrompreis, der Strom aus einer eigenen Photovoltaik-Anlage ist somit günstiger als Strom aus der Steckdose. Das wird Photovoltaik wieder attraktiv machen für die Besitzer eines Eigenheimes. Auch Batterie-Speicher werden dadurch interessant, dass nicht die volle eingespeiste Strommenge vergütet wird.

Daher halte ich die [Trendanalyse der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V.](#) für plausibel. Diese besagt im wesentlichen, dass die Netzparität und der Eigenverbrauch bei steigenden Strompreisen der Reduktion der Förderung entgegenwirken. Dabei sehe ich es nicht als negativ an, dass einige

der Vorstandsmitglieder der FfE bei ENBW, EON oder RWE angestellt sind, wie in einem [Beitrag des photovoltaik-guide.de](#) hervorgehoben wird.

In der Pressemitteilung heißt es:

Simulationen zeigen, dass typische private Haushalte in Einfamilienhäusern mit einem Jahresverbrauch von 4.500 kWh und einer PV-Anlage von 4,5 kWPeak durch die gegebene Gleichzeitigkeit von PV-Erzeugung und Verbrauch 30 % des PV-Strom selbst verbrauchen können, ohne dass dafür Lastverschiebungen oder Speichersysteme notwendig sind. Der finanzielle Vorteil je erzeugte Kilowattstunde PV-Strom liegt somit nach der geplanten Kürzung bei 70 % EEG-Vergütung von 19,5 ct/kWh und 30 % Stromkostensparnis von 23 ct/kWh, bei 20,55 ct/kWh.

Diese Mischvergütung von 20,55 ct/kWh – und nicht etwa die reine EEG-Vergütung von 19,5 ct/kWh – ist bei einer Bewertung der neuen EEG-Förderung zu berücksichtigen. Im Vergleich zur Vergütung von 24,43 ct/kWh und 8,05 ct/kWh Eigenverbrauchsvergütung für 30 % vor der geplanten Reduktion stellt die Mischvergütung eine Kürzung von 22,2 % dar. Eine starke Kürzung war wegen des deutlichen Überschreitens des Zielkorridors auf Grund einer offensichtlichen Überförderung gewünscht. Kritisiert wird an der geplanten Änderung des EEG insbesondere die sich durch die Förderkürzung einstellende vermeintliche Unterförderung und somit das komplette Erliegen des weiteren Ausbaus.

Abbildung 1: Fortschreibung der Mischvergütung bis 2020

Die weitere Entwicklung der für PV zu erzielenden Mischvergütung ergibt sich aus zwei gegenläufigen Trends. Zum einen soll für die Vergütung ab Mai eine Degression von 0,15 ct pro Monat festgelegt werden. Auf der anderen Seite wird die Mischvergütung zu 30 % durch den Strompreis bestimmt, für den in den nächsten Jahren ein weiterer Anstieg wahrscheinlich erscheint. In **Abbildung 1** ist die Entwicklung der Mischvergütung bei der geplanten monatlichen Degression von 0,15 ct sowie einer jährlichen Steigerung des Strompreises für private Haushalte um 3,5 % grün dargestellt.

Wenn man von weiter sinkenden Kosten ausgeht, werden PV-Aufdächanlagen unter diesen Voraussetzungen weiter wirtschaftlich sein. Bei anderen, größeren PV-Anlagen wird es schwieriger, da der Eigenverbrauch entfällt.

Das Problem an den Änderungen im EEG ist damit nicht mehr die Vergütung an sich, sondern der jährliche Zubaukorridor. Dieser Korridor bestimmt wie künftig die Vergütung ausfallen wird. Wenn der Korridor oder Ausbaurahmen wesentlich überschritten wird, dann ist mit weiteren Kürzungen der Vergütung zu rechnen. Nach diesem Korridor wird bis zum Jahr 2020 nur mit einem Ausbau von 18,2 GW auf dann 43 GW Photovoltaik geplant. Ich frage mich dabei, wie diese Zahlen festgelegt wurden, errechnet wurden sie wohl kaum. Damit unterscheidet man zu den bisherigen Angaben von knapp 52 GW im *Leitszenario 2010* des BMU für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland.

Welche Ausbauziele für Photovoltaik hat die Bundesregierung noch? Oder erwartet man nur, dass der Preisverfall weiter vorangeht, um die Vergütung bald ganz streichen zu können? Was man sich auch fragen muss, ist warum größere Anlagen, die den Vorteil des Eigenverbrauchs nicht haben schlechter gestellt werden.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/14/uber-die-auswirkungen-der-vergutungskurzung-auf-den-photovoltaik-markt/>

Photovoltaik-Unternehmen erklärt der FDP die Sorgen der Branche

veröffentlicht am 14. März 2012 von Andy

Offener Brief des geschäftsführenden Gesellschafters der relatio Unternehmensgruppe, Bernd Bodmer, an die FDP zu den Kürzungen der Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen. Ich stehe in keinerlei Kontakt zu dem Unternehmen relatio, denke aber, dass die Argumente die gesamte Branche betreffen und daher für meine Leser interessant sind.

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Rösler,
sehr geehrte Damen und Herren der FDP-Bundesgeschäftsstelle,
stellen Sie sich folgendes Bild vor: Berlin-Marathon. Zieleinlauf. Alle jubeln dem ersten Läufer zu. Gleich wird er die Ziellinie passieren. Der Erfolg, zum Greifen nah. Doch plötzlich, mitten im Finalsprint, kehrt der Sportler ermattet auf dem Absatz um. Und läuft zurück. Dem Publikum bleibt der Jubel im Halse stecken.

Was ist passiert? Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen hat [Energiewende](#) und Atomausstieg unlängst mit diesem Bild versehen: „Das ist ein Marathon, aber Deutschland läuft los. Und wir haben auch ein klares Ziel.“ Unsere Frage ist: Haben CDU und FDP tatsächlich dieses große Ziel vor Augen? Denn was Sie mit der [Einspeisekürzung für Solarstrom](#) vorhaben, kommt dem Bild vom auf dem Absatz kehrt machenden Läufer sehr nahe.

Ich möchte Ihnen in diesem Zuge herzlich für ihre umgehende Antwort auf mein Schreiben vom 3. März danken. Wie mir allerdings scheint, haben Sie meinen Brief nicht genau gelesen, sondern eine standardisierte Email gesandt. Schade – das war nicht Sinn und Zweck meines Schreibens. Ein paar Anmerkungen habe ich dennoch zu Ihren – standardisierten – Ausführungen.

Mich würde beispielsweise brennend interessieren, in welcher Form die von Ihnen beschriebenen sechs Milliarden Euro an staatlichen Subventionen in die Photovoltaik geflossen sein sollen. Ich räume es ehrlich ein, mich erstaunt diese Zahl, zumal ich bisher davon ausgegangen bin, dass [Solarstrom](#) – wie Teile des Atom- oder Kohlestroms auch – über Umlagen an die Verbraucher weitergegeben und in keiner Weise Steuergelder kosten, sondern bescheren. Aber ein Blick in den Bundeshaushalt 2011 von Deutschland dürfte hier leicht Abhilfe schaffen – das Wirtschaftsministerium obliegt schließlich Ihrem Refugium, und Sie können mir in diesem Punkt sicherlich weiterhelfen. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang allerdings die grundsätzliche Frage nach der Entsorgung der atomaren Abfälle. Meines Wissens geht genau diese zu vollen Lasten des Steuerzahlers, übrigens genauso wie der Aspekt, dass aufgrund ihrer tatkräftigen Regierungsmitarbeit Großunternehmen sowohl von der EEG-Umlage als auch vom [Netzentgelt](#) befreit sind.

Sind wir einmal ehrlich: Damit haben Sie gezielt das Gegenteil von dem eingeführt, was man gemeinhin als „Verursacherprinzip“ kennt. Solche Regelungen kennen wir ansonsten ausschließlich aus sozialistischen und totalitären Staaten. Wir kämen von uns aus nie auf den Gedanken, diese politischen Ziele einer „liberalen“, marktwirtschaftlich orientierten Partei zuzuschreiben – normalerweise. Uns stellt sich die Frage, wie Sie dies mit Ihrem eigentlichen politischen Anspruch vereinbaren, Deutschland auf Wachstumskurs halten zu wollen? Sie, die sich als traditionelle Partei Steuersenkungen und Wirtschaftswachstum auf die Fahnen geschrieben haben?

Nur kurz sei in diesem Kontext erwähnt, dass Endlager wie Gorleben oder Asse mit großer Personal- und damit Kostenintensität bewacht und betrieben werden müssen. An immense Rückbau-Kosten atomarer Anlagen, über Jahrzehnte ins Unermessliche wachsend, sei gar nicht gedacht. Verwundert zur Kenntnis genommen haben wir hier übrigens, dass Ihrer Regierung an diesem wichtigen Thema gänzlich das Interesse abhanden gekommen zu sein scheint. Anders können wir es uns als deutsche Steuerzahler nicht erklären, dass Bundesumweltminister Norbert Röttgen Anfang dieser Woche erstmals in seiner Amtszeit das Atommülllager Asse besichtigt hat. Angesichts dieser Laissez-Faire-Politik überraschen die jüngsten Atommüllfunde im AKW Brunsbüttel nicht wirklich.

Zu Ihrem Argument, für private Haushalte sei der Strompreis mittlerweile zum „Brotpreis der Neuzeit“ geworden, möchten wir Ihnen ein Rechenbeispiel geben. Ein Vier-Personen-Haushalt zahlt für die von Ihnen stets als Negativbeispiel zitierte Solarstromumlage rund 70 Euro im Jahr an die Stromkonzerne, also die von uns bereits beschriebenen 5,83 Euro pro Monat. Für die Gewinne der Stromkonzerne hingegen muss die gleiche Familie im Schnitt 380 Euro berappen – und da sind Posten wie Parteispenden und Sponsoring für die Regierungsparteien schon abgezogen. Von daher kann in keinem Fall die Rede davon sein, dass die großen Energieunternehmen die steigenden Energiekosten über den Produktpreis an die Verbraucher weitergeben müssen, wie Sie ausführen. Sie müssen es nicht – aber Sie tun es. Um der eigenen Gewinnanhäufung willen. Genau das macht den Strom teuer und nicht etwa die EEG-Umlage.

Grundsätzlich: Ich persönlich zahle diese 5,83 pro Monat gerne – für die atomstromfreie Zukunft meiner Kinder! Ihr Argument, mit der Begrenzung des PV-Zubaus seien diese 5,83 Euro nicht wegzubekommen (es kämen lediglich keine neuen Kosten hinzu), können wir getrost entkräften: Unserer Meinung nach wären die durch einen potenziellen Neuzubau entstehenden Kosten sehr gering, weil der EEG-Vergütungspreis ohnehin schon im Bereich des regulären Bezugspreises liegt.

Wenn sich Ihre Partei tatsächlich mit dem Gedanken trägt, Photovoltaik schnell ohne Förderung auskommen zu lassen, dann sollten Sie nicht kurz vor dem Ziel die komplette Aufbauarbeit der vergangenen zwölf Jahre zunichtemachen. Wir plädieren nachdrücklich für eine mäßige Absenkung und vor allem für den Erhalt des Vertrauensschutzes. Letzterer macht Politik verlässlich und schafft stabile Rahmenbedingungen, die vernünftige und nachhaltige unternehmerische Planungen ermöglichen. Nur dadurch kann Photovoltaik tatsächlich innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums zum Selbstläufer werden. Ihr aktueller Gesetzesvorstoß lässt – mit Verlaub – jedoch eher das Gegenteil vermuten. Das ist tatsächlich so, als würde ein Marathonläufer kurz vor dem Ziel einfach umkehren.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/14/photovoltaik-unternehmen-erklart-der-fdp-die-sorgen-der-branche/>

Kürzung der Solarvergütungen vom Bundestag beschlossen

veröffentlicht am 30. März 2012 von Andy

Proteste vor dem Umweltausschuss am 21.03.2012, Quelle: BSW

Trotz massiven Widerstands aus der Solarbranche, der Wissenschaft, der Umweltbewegung, den Gewerkschaften und von vielen Spitzenpolitikern sowie gegen den klaren Willen der Bevölkerungsmehrheit hat der Deutsche Bundestag eine Reihe von harten Einschnitten bei der Solarstrom-Förderung beschlossen. Die zahlreichen Änderungen des [Erneuerbare-Energien-Gesetzes \(EEG\)](#) zielen darauf ab, den zukünftigen Ausbau der Solarstrom-Nutzung in Deutschland mindestens zu halbieren. Nur der Bundesrat kann das Gesetzesvorhaben nun noch aufhalten. Selbst bei einigen Unions-regierten Bundesländern zeichnet sich inzwischen deutliche Kritik ab, nachdem der Bundestag in den letzten Tagen die Gesetzesvorlage an zentralen Punkten nicht nachgebessert hat.

„Diese politische Fehlentscheidung gefährdet Deutschlands Spitzenstellung bei der Photovoltaik, die Existenz zahlreicher Solarunternehmen und vieler tausend Solarjobs. Das ist ein schwarzer Tag für die [Energiewende](#)“, so Günther Cramer, Präsident des [Bundesverbandes Solarwirtschaft e.V. \(BSW-Solar\)](#). Die Solarbranche befürchtet eine Insolvenzwelle in der deutschen Solarbranche und den Verlust zehntausender Arbeitsplätze.

Statt zu beschleunigen, bremst die Regierung bei der Energiewende. Ohne nachvollziehbaren Grund. Zahlreiche Gutachten belegen: Die technischen Herausforderungen für einen weiteren kraftvollen Ausbau der Solarstrom-Nutzung sind lösbar, die weiteren Anschubkosten halten sich durch den Preisverfall von Solarmodulen im Rahmen und zahlen sich für die Gesellschaft gesamtwirtschaftlich aus. Die Stromrechnung eines deutschen Durchschnittshaushalts werde durch die nun beschlossenen Förderkürzungen monatlich gerade einmal um rund 50 Cent entlastet. Nach übereinstimmender Einschätzung der [Solarbranche](#) und vieler Umweltverbände stehe dies in keinem Verhältnis zum nun befürchteten Schaden für die [Energiewende](#) und den Klimaschutz. Die von der Bundesregierung selbst gesteckten Ziele zum Umstieg auf Erneuerbare Energien drohten verfehlt zu werden, da mit der Solarenergie nun ausgerechnet die am schnellsten ausbaubare und verbrauchsnahe verfügbare, saubere Stromquelle ausgebremst werde.

„Ursache für diese Blockadepolitik ist ein hinter den Kulissen geführter harter Verteilungskampf um zukünftige Marktanteile. Die großen Energiekonzerne fürchten die Solarenergie wie der Teufel das Weihwasser. Sie haben wenig Interesse daran, dass Bürger, Kommunen, Landwirtschaft und Mittelstand die Stromerzeugung zunehmend selbst in die Hand nehmen und vom Energieverbraucher zum Energieerzeuger werden“, so Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW-Solar.

„Weltweit lässt sich der Durchbruch der [Solarenergie](#) nicht mehr aufhalten.“ Es sei deshalb höchste Zeit, dass die Politik die Zeichen der Zeit erkenne und in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen und Wissenschaft die Weichen für eine Transformation des Energiesystems stellen. Dabei müsse mit gleichem Maß gemessen werden. Es könne nicht sein, dass Wind-Offshore-Projekte der Energiekonzerne stärker gefördert werden, Bürgersolarkraftwerke aber gleichzeitig ausgebremst würden, obwohl sie inzwischen auf dem gleichem Förderniveau angekommen seien.

Die aktuelle Gesetzesnovelle sieht eine ganze Reihe von Änderungen vor. Neben einer sofortigen massiven Kappung der Fördersätze für nahezu alle neu errichteten Solarstromanlagen wird die Solarstrom-Förderung zukünftig monatlich sinken. In wichtigen Marktsegmenten wird die

Einspeisevergütung zudem nur noch für 80 bis 90 Prozent des Anlagenertrags gewährt.

In der Summe führt die Streichliste nach Angaben des Branchenverbandes darauf hinaus, dass die Solarstrom-Förderung bis zum Jahresende für Neuanlagen um bis zu 45 Prozent sinkt. Damit werde die Wirtschaftlichkeit der Investitionen so stark eingeschränkt, dass nach einer „Endrallye“ vor Auslaufen der Übergangsfristen spätestens im 4. Quartal 2012 mit einem Einbruch der Photovoltaik-Nachfrage in Deutschland zu rechnen sei. Von der Kürzung nicht betroffen ist die Förderung von Solarkollektoren zur Wärmeerzeugung.

Link zum Artikel: <http://www.energynet.de/2012/03/30/kurzung-der-solarvergutungen-vom-bundestag-beschlossen/>